Alles, was Recht ist

UNERWÜNSCHTE PRÄVENTION

Zahnärzte sind bekannt für gute Präventionsarbeit. Dies betrifft meistens die Zähne ihrer Patienten, aber auch die Verhütung von Straftaten fällt durchaus unter diesen Begriff. Dies war das Anliegen einer Zahnärztin aus Brandenburg, die im Eingangsbereich ihrer Praxis eine Kamera installierte, um Diebstähle zu verhindern. Die zuständige Datenschutzbehörde sah allerdings in der Installation der Kamera, die zwar keine Bilder aufzeichnete, dies aber könnte, einen Verstoß gegen das Bundesdatenschutzgesetz. Die Behörde verlangte, den öffentlich zugänglichen Bereich während der Sprechzeiten nicht zu überwachen. Die Zahnärztin legte zunächst Widerspruch ein und erhob dann Klage. Die erste Instanz und auch das Obergerverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hielten die Videoüberwachung für nicht zulässig. Sie sei zur Abwendung von Gefahren nicht erforderlich, da mildere Mittel zur Verfügung stünden, urteilten die Richter. So könnten Wertgegenstände in einem videoüberwachten, nicht öffentlichen Mitarbeiterbereich hinter dem Anmeldetresen aufbewahrt oder mit in die Behandlungsräume genommen werden. Wenn es der Praxisinhaberin nur um die Verhinderung von Straftaten gehe, komme auch eine Verpixelung der Gesichter in Betracht, stellte das Gericht fest.

Az. OVG 12 B 7.16

SAS

AUSREICHENDE AUFKLÄRUNG

Informiert ein Arzt oder Zahnarzt im Zusammenhang mit einer Operation über das Risiko einer Lähmung als Folge der OP, ist dies ausreichend. Grundsätzlich genügt es, wenn der Begriff „Lähmung“ fällt, der Arzt muss nicht ausdrücklich darauf hinweisen, dass Lähmungen auch dauerhaft sein können. Zu dieser Ansicht ist der Bundesgerichtshof (BGH) gelangt. Im zugrunde liegenden Fall hatte sich ein Handballtrainer einer Hüft-OP unterzogen. Infolge der Operation erlitt der Patient eine dauerhafte Lähmung am Fuß. Der Patient warf dem Arzt eine Pflichtverletzung bei der Aufklärung vor. Das Wort Lähmung sei zwar gefallen, allerdings habe er (der Patient) sich nicht vorgestellt, dass das Risiko einer dauerhaften Lähmung bestehen könne. Während die Vorinstanz dem Kläger ein Schmerzensgeld von 40.000 Euro zusprach, entschied der BGH schließlich, dass es nicht zu Lasten des Arztes gehen könne, wenn ein Patient einer Fehlvorstellung unterliege.

Az. VI ZR 462/15

SAS

Hier steht eine Anzeige.